

ZEW Konjunkturreport

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

Jahrgang 2 · Nr. 3 · September 1999

Konjunktur gewinnt an Fahrt – aber kein Aufschwung am Arbeitsmarkt

Im nächsten Jahr wird die deutsche Wirtschaft um etwa 2,5 Prozent wachsen. Getragen wird der Aufschwung vom privaten Konsum und den sich wieder belebenden Exporten. Die Inflationsrate wird auch im kommenden Jahr deutlich unter 2 Prozent liegen, so daß Deutschland konform mit dem stabilitätspolitischen Ziel der EZB geht. Weiterhin besorgniserregend bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt, auf dem es trotz kräftiger Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts zu keiner nennenswerten Entspannung kommen wird.



Containerverladung: Die Experten erwarten eine deutliche Belebung des Exports

■ Der Tenor der Experten ist eindeutig. Alle Prognosen für das kommende Jahr deuten auf einen kräftigen Aufschwung hin. Mit einer erwarteten Erhöhung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 2,3 Prozent (IfW Kiel) und 2,8 Prozent (Commerzbank) kündigt sich ein neuer Aufschwung an, dessen Stützen der private Konsum und die sich wieder belebenden Exporte sind.

Die Weltwirtschaft faßt Tritt

Die Exporte werden im laufenden Jahr nur wenig zunehmen und sich im Jahr

2000 als eine der wesentlichen Stützen der deutschen Konjunktur erweisen. Wenn die verhaltene Entwicklung im laufenden Jahr vorwiegend auf die Auswirkungen der Asienkrise sowie auf die moderate konjunkturelle Lage in der EU zurückzuführen ist, so bewirken die verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen im kommenden Jahr eine steigende Nachfrage im Ausland nach deutschen Gütern. Diese Einschätzung wird durch die weiterhin gute konjunkturelle Lage in den USA und durch die Erwartung, daß die wirtschaftliche Talsohle in Lateinamerika im kommenden Jahr überwun-

den sein wird, verstärkt. Auch die Auswirkungen der Finanzmarktkrisen in Südostasien schwächen sich allmählich ab, ohne jedoch schon vollständig verarbeitet zu sein. Entscheidend für die Entwicklung in Südostasien ist, daß die japanische Wirtschaft wieder auf einen Wachstumskurs einschwenkt. Hier ist jedoch erst allmählich mit einer Erholung zu rechnen.

Die Staaten der EU befinden sich im laufenden Jahr in einer gegenläufigen Entwicklung. Während sich in den Nicht-EWU-Staaten die konjunkturelle Situation deutlich abkühlt, zeichnet sich in der EWU eine Erholung ab.

In dieser Ausgabe

Konjunktur kommt in Fahrt – Arbeitsmarkt ohne Aufschwung	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU	3
ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Umfrage im August 1999	4
Kerninflation: Ein Überblick über die verschiedenen Konzepte	6
Harmonisierte Gesamtrechnung: Was sind die wichtigsten Änderungen? ...	8
Ist der Arbeitsmarkt in Portugal wirklich so arteriosklerotisch?	10
Konjunkturelle Abhängigkeit von Dienstleistung und Industrie	11
Großbritannien: Rückkehr der Inflation? ..	12

Investitionslage verbessert sich

Mit der behobenen Exportschwäche verbessern sich die Ertragsaussichten der Unternehmen. Zusätzlich führt die Leitzinssenkung durch die EZB zu weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen für die Investitionen. Nach einer kräftigen Expansion der Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich der sonstigen Anlagen) um 10,6 Prozent im letzten Jahr ist für die beiden nächsten Jahre mit einer schwächeren Entwicklung zu rechnen. Nur für die sonstigen Anlagen, insbesondere große Datenbanken und Softwarepakete, ist mit einer deutlichen Steigerung der Investitionstätigkeit zu rechnen, wobei nach Ansicht des DIW ein Teil der noch nicht abgeschlossenen Umstellung von EDV-Systemen auf das Jahr 2000 zuzurechnen ist.

Die Baukonjunktur bleibt gespalten: Während sich in den alten Bundesländern eine Belebung bei den Bauinvestitionen abzeichnet, insbesondere im Eigenheimbau und im gewerblichen Hochbau, ist für die neuen Bundesländer auch für das nächste Jahr im günstigsten Falle von einer stagnierenden Bautätigkeit auszugehen.

Privater Verbrauch nimmt zu

Die zweite Stütze der Konjunktur ist der private Konsum, der im laufenden und nächsten Jahr deutlich zunehmen wird. Einerseits führten die hohen Tarifabschlüsse und die steuerlichen Erleichterungen zu einer gestiegenen Kaufkraft

der privaten Haushalte, andererseits wurde ein Teil dieser Einkommenserhöhungen durch die Ökosteuer absorbiert. Nach Berechnungen des DIW verbleiben den privaten Haushalten im laufenden Jahr 0,8 Mrd. DM Nettoentlastung. Erst im nächsten Jahr wird es durch die Gesetze zur Entlastung bei den Steuern und den Familien zu einer Nettoentlastung in Höhe von 7,6 Mrd. DM kommen. Allerdings ist mit einer deutlich niedrigeren Realloohnerhöhung als 1999 zu rechnen. Dämpfend auf den privaten Konsum wird sich auch die Verteuerung der Energiepreise auswirken.

Arbeitsmarkt bleibt bedenklich

Typischerweise folgt der Arbeitsmarkt der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit einer zeitlichen Verzögerung. Somit ist für das laufende und das kommende Jahr nicht mit nennenswerten Beschäftigungszuwächsen zu rechnen. Gegenüber 1998 wird im Jahr 2000 die Beschäftigung um etwa 220.000 Personen höher sein. Optimistischer ist nur das RWI, das in den beiden Jahren 1999 bis 2000 einen Anstieg von insgesamt 450.000 Personen erwartet. Da sowohl das DIW als auch das Ifo für das kommende Jahr einen Rückgang im Arbeitsvolumen zwischen -0,9 Prozent (DIW) und -0,4 Prozent (Ifo) erwarten, wird sich der Beschäftigungszuwachs verstärkt in einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigung ausdrücken. Das RWI prognostiziert dagegen einen Anstieg des Arbeitsvolumens von 0,2 Prozent.

Am deutlichsten weichen die Konjunkturinstitute in der Einschätzung der Arbeitslosigkeit voneinander ab. Mit nur 214.000 Personen erwartet das DIW die niedrigste, mit etwa 570.000 Personen prognostizieren das Ifo und das RWI die größte Verringerung in der Zahl der Arbeitslosen für den Prognosezeitraum. Die Diskrepanz im Aufbau der Beschäftigung und in der Abnahme der Arbeitslosigkeit von etwa 300.000 Personen (Ifo) begründen die Kieler Ökonomen mit demographisch bedingten Faktoren.

Preise steigen nur moderat

Während im laufenden Jahr der Anstieg der Lebenshaltungskosten deutlich unter einem Prozent liegen wird, wird es im Jahr 2000 zu einer leichten Beschleunigung der Preisentwicklung kommen. Die Gründe hierfür liegen zum einen in Preiserhöhungen infolge der Ökosteuer, zum anderen in steigenden Energiepreisen. Werden zum einen die höheren Erzeugerpreise auf die Verbraucher weitergegeben und wird zum anderen ein Teil der im laufenden Jahr gestiegenen Lohnstückkosten überwältigt, so werden sich die Lebenshaltungskosten entsprechend erhöhen.

Dämpfend wirken dagegen die weiterhin günstigen Preise im Telekommunikationsbereich sowie die neue Wettbewerbssituation auf dem Energiemarkt. Insgesamt wird der Anstieg des Preisniveaus voraussichtlich unter 2 Prozent bleiben. ◀

Dr. Herbert S. Buscher, buscher@zew.de

Tabelle 2: Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 1999 und 2000

	Statist. BA	DIW	DIW	IfW	IfW	RWI	RWI	IWH	IWH	Ifo	Ifo	Comm.- bank	Comm.- bank
	1998	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000
BIP, real	2,3	1,3	2,4	1,6	2,3	2,1	2,7	1,7	2,5	1,5	2,4	1,6	2,8
– Priv. Verbrauch	1,8	2,2	1,9	2,4	2,1	2,7	2,9	2,4	2,4	2,1	2,1	3,0	2,5
– Staatl. Verbrauch	-0,1	0,4	0,0	1,5	1,0	0,7	0,5	0,6	1,0	0,6	0,2	1,6	1,8
– Bruttoanlageinvest.	1,8	2,1	2,6	3,6	3,7	3,0	4,2	2,2	2,6	2,3	2,2	2,0	4,4
– Exporte	6,5	1,0	5,6	1,0	5,1	3,1	6,0	1,2	5,5	1,7	4,9	1,8	7,2
– Importe	8,0	1,1	3,1	2,9	5,1	3,3	5,6	2,2	4,7	2,2	3,8	4,2	6,2
Erwerbstätige	0,4	0,4	0,2	0,25	0,5	0,6	0,7	0,3	0,3	0,3	0,3	0,5	0,4
Personen	35999	36160	36220	36089	36262	36200	36450	36088	36196	36107	36245	36190	36350
Arbeitslose	4279	4120	4065	4092	3707	4000	3700	4013	3771	4100	3925	4050	3750
Arbeitslosenquote	10,6	10,2	10,1	10,2	9,3	10,5	9,7	10,0	9,4	10,2	9,8	10,1	9,4
Preisind. Lebenshaltung	1,0	0,6	0,8	0,5	1,5	0,7	1,7	0,6	1,1	0,5	1,0	0,8	2,0

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen alle Angaben als prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

DIW: Wochenbericht 28/1999; IfW: Kiel August 1999; RWI: August 1999; IWH: Wirtschaft im Wandel, 9-10/1999; Ifo: August 1999; Commerzbank: Konjunkturdaten Deutschland 8/1999.

Die voraussichtliche Lage in der EWU

■ Die konjunkturellen Perspektiven in der EWU sind günstig. Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich zunehmend stabilisiert; im zweiten Halbjahr bestehen gute Aussichten auf eine sich allmählich festigende Erholung.

Nach dem deutlichen Rückgang der Nachfrage in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wurde Anfang 1999 die Talsohle erreicht. Dieser Nachfrageeinbruch war primär auf sinkende Exporte zurückzuführen. Die Binnenkonjunktur konnte die dämpfenden Effekte des Außenhandels nur teilweise ausgleichen.

Von der expandierenden Entwicklung der Weltwirtschaft gehen nun wichtige Wachstumsimpulse aus. Die EZB wies im ersten Quartal zwar stagnierende Exporte, aber bereits wieder zunehmende Anlageinvestitionen aus. Neben den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen begünstigen niedrige Zinsen und verbesserte Absatzwartungen die Anlageinvestitionen. Der private Verbrauch expandierte im ersten Quartal des laufenden Jahres deutlich und wird sich in diesem und im nächsten Jahr weiter ausweiten. Damit bildet er eine wesentliche Stütze der Konjunktur.

Von Jahresmitte 1999 an wird eine deutliche Belebung der Exporte und des Binnenhandels erwartet. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich jedoch auch in diesem und im kommenden Jahr nur geringfügig verbessern.

In diesem Umfeld sind die Chancen gut, daß die Verbraucherpreise weiterhin nur wenig zunehmen; eine Gefährdung der Preisstabilität erkennt die EZB bisher nicht. ◀

Anmerkungen zur Tabelle:

Angaben in Prozent gegenüber dem Vorjahr; Ausnahme: Arbeitslosenquote.

Quellen: EU-11: DIW, Berlin, Eurostat, Brüssel, Beschäftigung: OECD, Paris; Belgien: Federal Planning Bureau, Brüssel; Finnland: ETLA, Helsinki; Frankreich: INSEE, Paris; Irland: ESRI, Dublin; Italien: CER, Rom; Niederlande: CPB, Den Haag; Österreich: Wifo, Wien; Portugal: OECD, Paris; Spanien: La Caixa, Barcelona.

	EU11			Italien		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000
BIP, real	2,7	1,8	2,6	1,4	1,1	2,1
Privater Verbrauch	2,9	2,5	2,5	1,9	1,8	2,0
Investitionen	3,8	3,5	3,7	3,5	2,8	5,9
Exporte	5,9	0,7	4,3	1,3	0,4	3,7
Importe	7,8	1,7	4,1	6,1	1,6	4,0
Verbraucherpreise	1,2	1,0	1,2	2,4	1,5	1,8
Arbeitslosenquote	10,9	10,2	9,9	12,2	12,3	12,2
Beschäftigung	1,2	1,0	1,0	–	–	–
	Spanien			Belgien		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000
BIP, real	4,0	3,4	3,2	2,8	1,7	2,5
Privater Verbrauch	4,0	4,1	3,4	3,4	1,9	1,8
Investitionen	9,1	10,4	6,3	3,9	3,8	0,7
Exporte	8,9	5,8	8,5	3,1	2,0	5,1
Importe	12,3	12,2	10,7	5,4	2,4	4,0
Verbraucherpreise	1,8	2,1	1,9	1,3	1,1	1,3
Arbeitslosenquote	18,8	16,9	15,7	9,5	9,3	9,0
Beschäftigung	3,4	3,0	2,3	–	–	–
	Österreich			Irland		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000
BIP, real	3,3	2,2	2,6	9,0	7,0	6,5
Privater Verbrauch	1,7	2,0	2,4	6,6	7,5	5,75
Investitionen	4,7	3,8	3,6	16,8	11,5	7,0
Exporte	8,4	4,5	7,0	17,0	13,75	10,75
Importe	8,2	5,0	6,7	16,0	15,0	10,75
Verbraucherpreise	0,9	0,6	1,0	2,4	1,6	1,9
Arbeitslosenquote	7,2	6,8	6,6	7,5	6,3	5,7
Beschäftigung	1,0	1,0	0,8	5,0	4,25	3,0
	Niederlande			Frankreich		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000
BIP, real	3,8	2,25	2,0	3,1	2,7	2,6
Privater Verbrauch	4,5	3,75	2,5	3,6	2,9	3,0
Investitionen	4,3	1,25	-0,75	5,7	5,7	5,0
Exporte	7,5	2,5	5,25	6,2	3,0	6,2
Importe	8,1	3,75	4,75	7,9	3,4	6,3
Verbraucherpreise	2,0	2,0	1,5	0,3	0,7	1,2
Arbeitslosenquote	5,2	4,5	4,5	11,8	11,2	10,6
Beschäftigung	2,9	2,0	1,25	1,6	1,4	1,5
	Finnland			Portugal		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000
BIP, real	4,7	3,5	4,0	3,9	3,1	3,2
Privater Verbrauch	4,5	3,5	4,0	5,2	3,8	3,1
Investitionen	8,3	7,0	6,0	9,5	6,3	7,0
Exporte	8,3	3,5	7,5	9,3	6,3	7,3
Importe	8,9	5,5	6,5	13,3	7,3	7,7
Verbraucherpreise	1,4	1,0	1,5	2,8	2,5	2,3
Arbeitslosenquote	11,4	10,5	9,6	5,0	5,0	5,0
Beschäftigung	–	–	–	2,4	1,0	0,9

ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Umfrage im August 1999

■ Der ZEW-Finanzmarkttest ist eine seit Dezember 1991 durchgeführte Umfrage, in der monatlich die im deutschen Finanzbereich vorherrschenden Erwartungen über die Entwicklung an sechs internationalen Finanzmärkten erhoben werden.

Insgesamt beteiligen sich rund 350 Unternehmen an dieser Umfrage, darunter 260 Banken, 60 Versicherungen und 30 Industrieunternehmen. Ange-

sprochen werden die Finanzexperten der Finanz- und Researchabteilungen, der volkswirtschaftlichen Abteilungen sowie der Anlage- und Wertpapierabteilungen dieser Unternehmen.

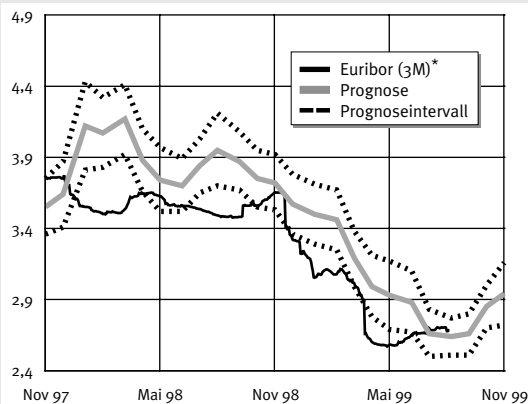
Im einzelnen werden die Finanzmarktexperten nach ihren mittelfristigen Erwartungen befragt, die sie für wichtige internationale Finanzmärkte hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur, der Inflationsrate, der kurz- und langfristi-

gen Zinsen, der Aktien- und der Wechselkurse haben. Auf den folgenden beiden Seiten werden die wichtigsten Ergebnisse der aktuellen Umfrage, die vom 2. bis 26. August 1999 durchgeführt wurde, dargestellt. Weitere Informationen sind in Form einer Kurzinformation und des aktuellen ZEW-Finanzmarktreports für September 1999 erhältlich. ◀

Rober Dornau, dornau@zew.de
Birgit Sasse, sasse@zew.de

Euroraum: Zinswende auf den Märkten erwartet

Euribor: Entwicklung und Prognose



*Quelle: Datastream, bis 01.04.99 FIBOR (3M)

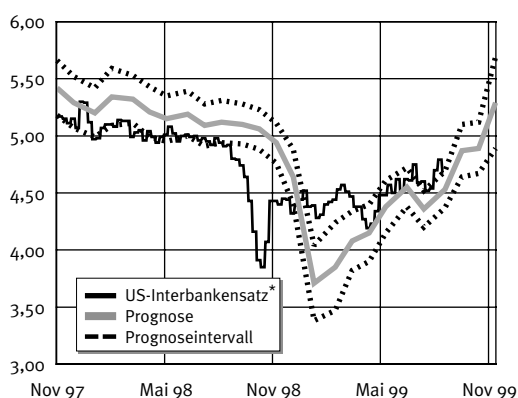
■ Etwa 60 Prozent der Umfrageteilnehmer sehen die Zinswende als beschlossene Sache an. Ob der Grund für diese Einschätzung in der Erwartung eines tatsächlichen Zinsschrittes der EZB oder lediglich im möglichen Übergang zum Zinstender zu suchen ist, bleibt jedoch offen.

Die aktuelle Umfrage bestätigt: die Erwartung einer anziehenden Konjunktur ist mit Inflationsängsten verbunden. Über 75 Prozent der Befragten gehen davon aus, daß die deutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte stärker wach-

sen wird. Fast ebenso viele rechnen mit einer steigenden Teuerungsrate. Neben der Konjunktur wird vor allem der steigende Ölpreis als Grund für einen Preisschub angesehen. Die sinkenden Strompreise bleiben in der öffentlichen Diskussion um den Preisauftrieb allerdings häufig unbeachtet. Nachdem der Preiswettbewerb unter den Strombietern inzwischen auch die privaten Haushalte betrifft, darf der Einfluss dieser Komponente des untersuchten Warenkorb nicht unterschätzt werden. ◀

USA: Zinserhöhung wurde vom Markt vorausgesehen

US-Zins (3M): Entwicklung und Prognose



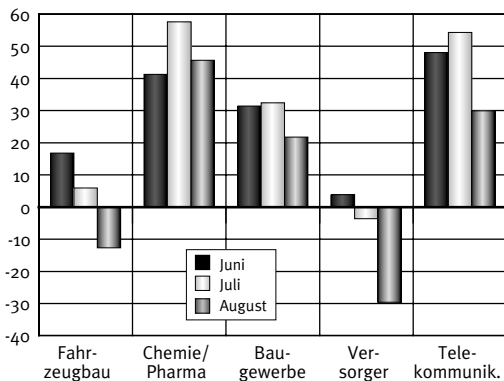
*Quelle: Datastream

■ Für mehr als 80 Prozent der Befragten war die Zinserhöhung der Federal Reserve Bank keine Überraschung. In den Umfrageergebnissen finden sich auch die von den Notenbankern angeführten Gründe wieder: Gut 70 Prozent befürchten eine steigende Teuerungsrate in den USA. Die konjunkturellen Aussichten werden jedoch nicht mehr so günstig beurteilt. Zwar wird die konjunkturelle Lage mehrheitlich als gut bezeichnet, ein Viertel der Experten erwartet allerdings eine mittelfristige Verschlechterung.

Für amerikanische Aktien ist die Meinung der Experten daher geteilt. Während 25 Prozent auf weitere Kursgewinne spekulieren, erwarten 28 Prozent der Befragten sinkende Indexstände an der Wall Street. Im Mittel wird für den Dow Jones Index also eher eine Seitwärtsbewegung prognostiziert. Aus den qualitativen Umfragedaten errechnet sich im November ein Stand von knapp 11.000 Punkten. Bei diesen Berechnungen wird dem Dow Jones Index eine Schwankungsbreite von 10.350 bis 11.500 Punkten unterstellt. ◀

Branchen Deutschland: Einbruch bei den Ertragserwartungen

Erwartete Ertragslage in den Branchen



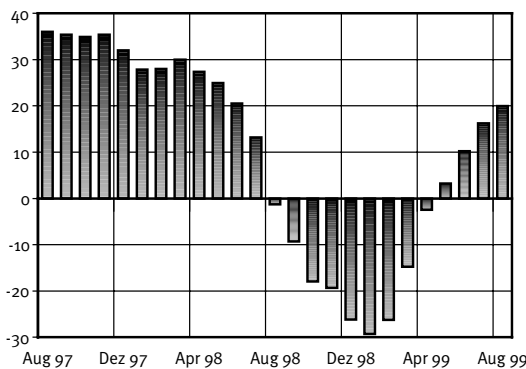
Lesebeispiel: Im August 1999 erwarten per Saldo 30 Prozent der befragten Finanzexperten eine Verschlechterung der Ertragslage bei den Versorgern. Quelle: ZEW

■ Die größten Veränderungen in den Brancheneinschätzungen zeigen sich aktuell in den Branchen Telekommunikation, Versorger und Fahrzeugbau. Die Experten gehen offenbar davon aus, daß der harte Konkurrenzkampf die Ertragslage der Versorger schwächen wird. Nur noch eine knappe Mehrheit der befragten Marktkenner erwartet, daß sich die Erträge in der Telekommunikationsbranche weiter steigern lassen. Auch hier hat der preisliche Wettbewerb deutlich an Intensität gewonnen.

Obwohl bisher nur Opel und Ford über schrumpfende Gewinne klagen, wird die gesamte deutsche Automobilbranche im August schlechter beurteilt. Offenbar sind die Experten davon ausgegangen, daß auch andere Unternehmen die hochgesteckten Gewinnerwartungen nicht erfüllen können. Gründe hierfür sind vermutlich die wachsende Zahl schwerlich abzusetzender Gebrauchtwagen, die zunehmenden Neuwagenhaltern bei den Händlern und die immer öfter zu beobachtenden hohen Rabatte. ◀

Großbritannien: Konjunktur auf Erholungskurs

Konjunkturklima Großbritannien



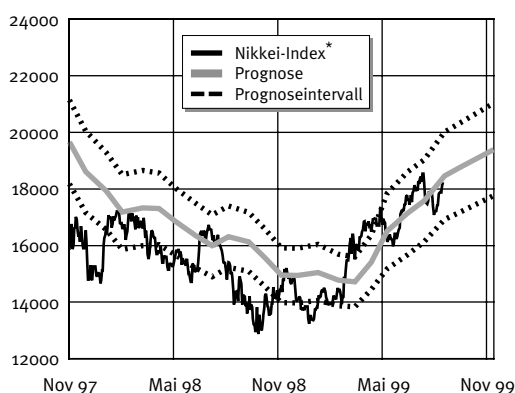
Mittelwert aus der Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage und den Erwartungen hinsichtlich der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Angaben in Prozent. Quelle: ZEW

■ Das Konjunkturklima in Großbritannien hat sich abermals verbessert. Das Stimmungsbarometer kletterte von 16,2 Punkten im Juli auf aktuell 19,95 Punkte. Während nur noch 3 Prozent die derzeitige gesamtwirtschaftliche Situation als schlecht beurteilen, erwartet bereits ein Viertel mittelfristig verbesserte Konjunkturaussichten. Bestätigt wird diese Einschätzung durch die neuesten Zahlen zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Dieses erhöhte sich im zweiten Quartal um 0,5 Prozent. Nach Meinung der Experten ist auch das

Zinstief sowohl am kurzen wie am langen Ende überwunden. Ebenso sind die Befragten der Ansicht, daß das starke Pfund abgewertet werden sollte. 62 Prozent rechnen mit einer Abwertung des Pfund gegenüber dem Euro. Damit würden die Ausfuhren des Landes gestärkt werden und zur konjunkturellen Erholung beitragen. Der Aktienmarkt will sich bisher noch nicht am Aufschwung beteiligen. Etwa 39 Prozent rechnen mit einem Anstieg des FT-SE-100. Für November wird ein Stand von etwa 6.340 Punkten erwartet. ◀

Japan: Nikkei-Index bestätigt die optimistischen Prognosen

Nikkei-Index: Entwicklung und Prognose



*Quelle: Datastream

■ Der japanische Aktienmarkt wird von den Kapitalanlegern weiterhin bevorzugt. Zwar wurde auch hier die Zahl der Optimisten geringer, zwei Drittel der Befragten sind jedoch weiterhin zuversichtlich. Bis zum Jahresende sollte der Nikkei-Index 225 die 20.000er Marke wieder erreichen. Immerhin 16 Prozent der Befragten bezeichnen die wirtschaftliche Lage in Japan inzwischen als zufriedenstellend. Fast zwei Drittel glauben, daß die konjunkturelle Wende nicht mehr lange auf sich warten läßt. Dabei ist zu beachten, daß die

Kapitalzuflüsse aus dem Ausland den Wechselkurs des Yen nach oben treiben und somit den Exportsektor schwächen. Allerdings zeigen sich in Japan erste Befürchtungen, daß die bisher niedrigen Zinsen wieder ansteigen werden. Die Gruppe der Finanzfachleute, die mit einer Zinserhöhung durch die Bank of Japan rechnen, vergrößerte sich von 15 Prozent im Mai auf 28 Prozent im August. Von steigenden langfristigen Zinsen ist inzwischen mehr als die Hälfte der Marktkenner überzeugt. ◀

Beiträge zur gesamtwirtschaftlichen Forschung

Kerninflation: Ein Überblick über die verschiedenen Konzepte

Im letzten Jahrzehnt haben sich mehrere europäische Zentralbanken eine niedrige Inflationsrate als primäre Zielgröße ihrer Geldpolitik gesetzt. Die Kontrolle der Inflation und der Aufbau politischer Glaubwürdigkeit bekamen dadurch zentrale Bedeutung. Entscheidend für den Erfolg der geldpolitischen Strategie wurde das Meßkonzept für die Inflation. Die sogenannte Kerninflation (core inflation) stellt den Versuch dar, die grundlegenden Komponenten der Preisentwicklung frei von Sondereffekten zu erfassen. Im folgenden wird ein Überblick über die unterschiedlichen Konzepte zur Berechnung einer core inflation gegeben.

■ Eine weit verbreitete Orientierungsgröße zur Bekämpfung der Inflation bildet der Index der Verbraucherpreise. Die Idee der Kerninflation ist es nun, ein Inflationsmaß zu finden, das sich aufgrund einer geringeren Volatilität als der Index der Verbraucherpreise besser als Zielgröße für die Geldpolitik eignet.

Verschiedene Definitionen

Für die Definition einer Kerninflation gibt es eine Vielzahl an Konzepten. Dabei können zwei grundlegende Betrachtungsweisen unterschieden werden, zum einen die Idee einer persistenten Komponente der Inflation, zum anderen die Idee einer allgemeinen Komponente der gemessenen Inflation. Das Konzept einer persistenten Inflation definiert die Kerninflation als diejenige Komponente der Inflation, die mittel- und langfristig neutral auf den Output der Volkswirtschaft wirkt. Dies impliziert auch die Berücksichtigung der Inflationserwartungen. Die Effekte von Schocks, die nur vorübergehend auf die Preisentwicklung wirken, werden außer Acht gelassen.

Das Konzept einer allgemeinen Komponente der Inflation entspricht stärker den Vorstellungen, die den Äußerungen von Praktikern zugrunde liegen. Die gemessene Inflation umfaßt in dieser Betrachtungsweise eine allgemeine Komponente, mit der die Inflationserwartungen und die monetäre Expansion assoziiert werden. Die dagegen durch Angebotsschocks hervorgerufenen relativen Preisänderungen wirken als Störfaktoren auf diese allgemeine Inflation (Underlying Inflation) und werden deshalb

nicht der Kerninflation zugerechnet. Praktiker selbst verstehen unter Core Inflation häufig eine Art von bereinigter Inflation. Abweichungen vom allgemeinen Preistrend (z. B. Energiepreise) werden aus der gemessenen Inflation herausgerechnet.

Methoden

Verfahren, die auf dem Konzept der persistenten Inflation beruhen, konzentrieren sich auf Zeitreihen mit einem aggregierten Preisindex. Dabei lassen sich univariate und multivariate Verfahren unterscheiden.

Univariate Ansätze basieren auf Glättungsverfahren wie z. B. gleitenden Durchschnitten, um einen Trend in der Inflationsrate zu identifizieren. Mit einer Verlängerung des Zeitintervalls können die zufälligen Bewegungen der Inflationsrate immer stärker reduziert werden. Gleitende Durchschnitte reduzieren zwar die Volatilität des Preisindex, ermangeln jedoch einer theoretischen Fundierung.

Multivariate Verfahren ermöglichen die Zerlegung des aggregierten Preisanstiegs in zwei Teile: einer Core Inflation, die langfristig neutral auf den Output wirkt, und einer Non-Core Inflation, die dauerhafte Effekte auf den Output ausübt. Die Zerlegung basiert auf einem strukturellem vektorautoregressivem System (VAR), das die gemessene Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex und den aggregierten Output enthält. Dieser Ansatz nimmt explizit Bezug auf die ökonomische Theorie und wird von den meisten Zentralbanken beachtet. Nachteilig ist bei diesem Verfahren z. B.

die Abhängigkeit der Ergebnisse von der Auswahl der Variablen und der zugrundeliegenden Stichprobe. Wird das VAR aktualisiert, so ändert sich die geschätzte Core Inflation des gesamten Samples.

Andere Methoden gehen von der Idee einer Underlying Inflation aus und konzentrieren sich auf die Preisänderungen auf disaggregiertem Niveau. So werden z. B. die Anpassungsvorgänge bei spezifischen Preisschocks, die nur temporär auf die aggregierte Inflationsrate wirken, analysiert. Ein Beispiel wären die Auswirkungen einer Erhöhung der indirekten Steuern auf die Preise. Diese Methode bietet den Vorteil, daß die gemessene Inflationsrate und die Kerninflationsrate eindeutig auf spezifische Schocks zurückgeführt werden können. Allerdings ist die Auswahl der Schocks, deren Anpassungsprozesse untersucht werden, subjektiv.

Weit verbreitet ist die systematische Eliminierung bestimmter volatiler Komponenten des Warenkorbs. Durch die Veränderung der Gewichte im Wägungsschema des Preisindex oder durch den Ausschluß bestimmter Komponenten wird versucht, den Einfluß von Preisschocks herauszurechnen. Die berechnete Größe verläuft somit wesentlich ruhiger. Häufig werden die Reihen Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel ausgeschlossen. In Deutschland bieten sich wegen starker Preisschwankungen auch Pauschalreisen als zu eliminierende Komponente an. Die Bundesbank, die keine offizielle Kerninflationsrate ausweist, hat zu speziellen Anlässen einen um Sondereinflüsse bereinigten Verbraucherpreisindex berechnet.

Die nach systematischer Eliminierung volatiler Komponenten bestimmten Kerninflationen sind von der subjektiven Auswahl der auszuschließenden Reihen abhängig. Es fehlen klare Kriterien, ab wann eine Reihe als hoch volatil einzustufen ist.

Einige Varianten dieses Vorgehens sind für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im unteren Schaubild erkennbar. Die gepunktete Linie stellt die prozentuale Veränderung des HVPI gegenüber dem Vorjahr dar. Die prozentuale Veränderung des Gesamtindex ohne Energie wurde durch die Eliminierung der Preiskomponente Energie aus dem HVPI unter Verwendung der jeweiligen jährlichen Gewichte berechnet. Eine andere Variante einer Core Inflation bildet der Gesamtindex ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel, dessen prozentuale Veränderung analog bestimmt wurde. Wie dem Schaubild zu entnehmen ist, ist die Varianz der berechneten Größen im Beobachtungszeitraum deutlich geringer als für den HVPI. Ebenso ist zu erkennen, daß die Kerninflationen sowohl oberhalb als auch unterhalb der Rate des HVPI liegen kann. Am aktuellen Rand liegen die Veränderungsrate des HVPI wieder über denen der berechneten Gesamtindizes. Hintergrund sind die steigenden Energiepreise.

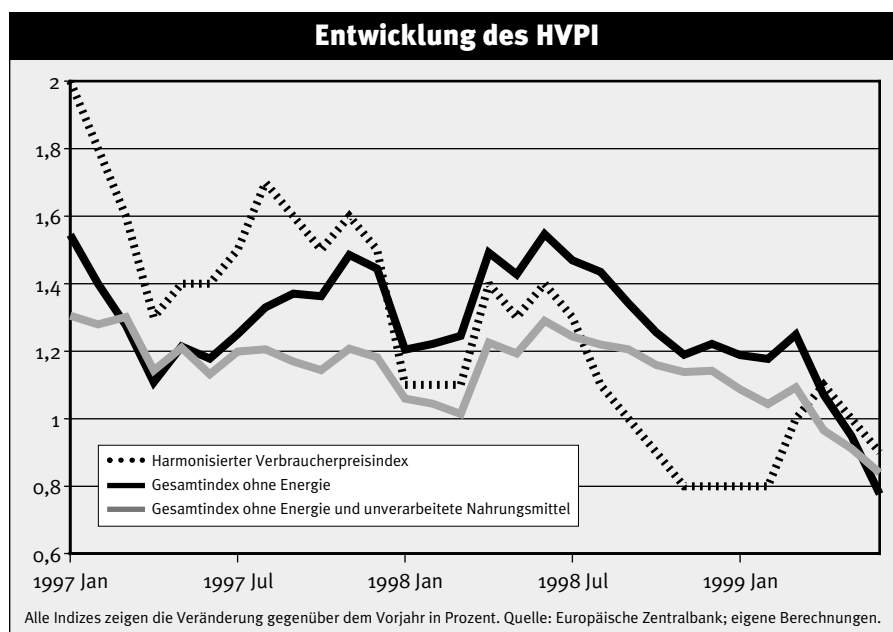
Eine Alternative zur systematischen Eliminierung bestimmter volatiler Variablen bilden Limited Influence Estimators (LIE). Dabei werden die herauszurechnenden Komponenten nicht durch subjektive Auswahl, sondern aufgrund einer Analyse der Verteilung der Höhe der Preisveränderungen einzelnen Komponenten identifiziert. Ein gewichteter Median oder getrimmter Mittelwert erlaubt dann die Eliminierung bzw. Heruntergewichtung von Ausreißern. Die Berechnung des Median erfolgt über ausgewählte Untergruppen des Warenkorbs, die nach der Höhe ihrer Inflationsrate mit ihrem entsprechenden Gewicht geordnet werden. Die Gewichte werden anschließend aufsummiert. Der gewichtete Median ist dann die Inflationsrate derjenigen Komponente des Warenkorbs, bei der die kumulierten Gewichte den Wert 0,5 erreichen. Die errechneten Werte für den Median werden daraufhin zeitlich hintereinander gereiht. Daraus ergibt sich ein Bild über den Verlauf der Kerninflation. Alternativ können getrimmte Mittelwerte berechnet werden,

bei denen zunächst ein bestimmter prozentualer Anteil an den Enden der Verteilung abgeschnitten wird. Anschließend wird aus den verbleibenden Inflationsraten ein neuer Mittelwert mit neu normierten Gewichten ermittelt. Bei der Berechnung erhalten damit die größten Preisänderungen in der Verteilung der Inflationsraten ein Gewicht von Null. Berechnungen der Bundesbank zeigen, daß aufgrund der unterschiedlichen Resultate der systematische Ausschluß bestimmter Komponenten empirisch kaum begründet werden kann.

auszuwirken. Als Beispiele nennt sie Änderungen im Steuerrecht oder Veränderungen der Einfuhr- und Rohstoffpreise. Auf diese Sondereffekte sollte ihre auf eine mittelfristige Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik nicht reagieren. Um Sondereffekte transparent zu machen, gibt die EZB monatlich die verschiedenen Preiskomponenten des HVPI an.

Kerninflationen als Zielgröße?

Die Berechnung einer Kerninflation erscheint trotz aller methodischen Un-



Die bisherigen Methoden können wegen des Ausschlusses bestimmter Größen zu einem Verlust an Information über den Preistrend führen. Um dies zu vermeiden, benutzt u. a. die Bank of Canada ein Verfahren mit varianzabhängigen Gewichten. Je höher die Standardabweichung einer Komponente ist, umso niedriger wird ihr Einfluß auf die gesamte Inflationsrate. Durch die Wahl des Zeitintervalls kann die Höhe der Kerninflationen beeinflusst werden.

Europäische Zentralbank und Kerninflation

Die EZB veröffentlicht zwar bisher keine Kerninflationen, aber weist in ihrem jüngsten Monatsbericht die jährlichen Steigerungsrate des Gesamtindex ohne saisonabhängige Nahrungsmittel und Energie aus. Sie hat ausgeführt, daß kurzfristige Schwankungen einzelner Preiskomponenten den HVPI beeinflussen können, ohne sich auf den Inflationstrend

vollkommenheiten für eine an einem Inflationsziel ausgerichtete Geldpolitik sinnvoll. Dies trifft auch für die Europäische Zentralbank zu, die sich neben einem Referenzwert für die Geldmenge an einem internen Inflationsziel orientiert.

Andererseits darf die Kerninflationen nicht zur alleinigen Zielgröße werden. Die Haushalte beobachten die gesamte Preissteigerungsrate und rechnen in der Regel keine Sondereffekte heraus. Gewerkschaften weigern sich z. B. aufgrund einer Erhöhung der indirekten Steuern niedrigere Realeinkommen hinzunehmen. Unklar ist bisher auch, wie die an einer Kerninflationen ausgerichtete Geldpolitik auf die Bildung der Inflationserwartungen wirkt.

Die von der Zentralbank zu wählende Meßgröße zur Inflation sollte wohlüberlegt sein und sich auch gegenüber Preisschocks als robust erweisen. Hierzu kann eine Core Inflation Rate sehr wertvolle Hinweise liefern.

Daniel Radowski, radowski@zew.de

Harmonisierte Gesamtrechnung: Was sind die wichtigsten Änderungen?

Mit Beginn des Jahres 1999 weist das Statistische Bundesamt die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in einem einheitlichen europäischen Standard aus. Grundlage ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Neben methodischen Umstellungen wurden begriffliche Änderungen vorgenommen; die Preisentwicklung wird auf Basis der Preise von 1995 ausgewiesen. Ziel der Umstellung ist, die wirtschaftliche Entwicklung in den Staaten der EU unmittelbar vergleichbar zu machen. Mit der Umstellung werden zudem keine Daten mehr getrennt für Ost- und Westdeutschland ausgewiesen.

■ Die Harmonisierung der nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungssysteme (VG) auf das einheitliche Konzept des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnun-

der Übersicht 1 aufgeführt - weniger bedeutsam sind, führen die methodischen Veränderungen zu teilweise erheblichen Abweichungen von den nach dem alten Konzept veröffentlichten Werten. Am

ausgewiesen, so daß es insgesamt zu keiner Veränderung des Aggregats kommt, zum anderen führen die methodischen Veränderungen auch zu anderen Werten. Dies gilt sowohl für das einzelne Aggregat als auch für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. das Bruttonationaleinkommen (BNE).

Übersicht 2 zeigt, wie sich die Revision auf das BIP bzw. BNE für das Jahr 1995 auswirkt. Insgesamt wird das BIP um 39 Mrd. DM und das BNE um 31 Mrd. DM höher ausgewiesen als nach dem alten Konzept. Der größte Anteil an dieser Höherbewertung entfällt auf den erweiterten Investitionsbegriff, der nun auch immaterielle Anlagegüter einschließt, die vorher entweder nicht berücksichtigt oder als Vorleistungen behandelt wurden (s. Übersicht 3).

Übersicht 1: Sprachliche Neuregelungen für wichtige Größen der Gesamtrechnung

früher (alte VGR)	jetzt (ESVG)
Bruttosozialprodukt	Bruttonationaleinkommen
Privater Verbrauch	Konsumausgaben der privaten Haushalte, insgesamt; Untergliederung in private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter
Staatsverbrauch	Konsumausgaben des Staates
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit	Arbeitnehmerentgelt
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Bruttolöhne und -gehälter
Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Betriebsüberschuß und Selbständigeneinkommen
Volkseinkommen	Primäreinkommen/Nettonationaleinkommen
Ersparnis	Sparen
Indirekte Steuern	Produktions- und Importabgaben
Direkte Steuern	Einkommen- und Vermögensteuern

gen (ESVG) ist ein wichtiger Schritt hin zu einer größeren Transparenz der Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten innerhalb der EU. Mit einheitlichen Definitionen können wichtige Aggregate der wirtschaftlichen Entwicklung nun unmittelbar miteinander verglichen werden.

Die drei Ebenen der Revision

Mit der Revision der VGR nach den Richtlinien des ESVG wurde neben methodischen und begrifflichen Veränderungen auch die Preisentwicklung von der Basis 1991 auf 1995 umgestellt. Während die Umbasierung der Preisindizes sowie die sprachliche Neufassung einiger Komponenten der Gesamtrechnung – die wesentlichen Änderungen sind in

stärksten sind hiervon die Bruttoinvestitionen, die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen betroffen.

Bei den methodischen Änderungen sind zwei Arten zu unterscheiden. Zum einen werden Teilmengen jetzt getrennt

Neue Abgrenzung der Bruttoinvestitionen

Mit dem modifizierten Investitionsbegriff werden erstmals große Datenbanken sowie gekaufte und in eigener Regie erstellte Software als Investitionen behandelt. Diese beiden Posten stellen den größten Anteil an den 31 Mrd. DM. Aber auch Urheberrechte, Patente und Lizenzen werden nun zu den Investitionen gerechnet. Nach der alten VGR wur-

Übersicht 2: Die wichtigsten quantitativen Unterschiede¹⁾

Aggregat	1992		1995		1997		1998	
Bruttoinlandsprodukt, real	2,2	<i>2,2</i>	1,2	<i>1,7</i>	2,2	<i>1,8</i>	2,8	<i>2,3</i>
Privater Verbrauch, real	2,8	<i>2,8</i>	1,8	<i>1,9</i>	0,5	<i>0,7</i>	1,9	<i>1,8</i>
Bruttoinvestitionen, real	1,5	<i>1,2</i>	-0,6	<i>1,3</i>	5,9	<i>2,9</i>	7,9	<i>6,7</i>
Erwerbstätige	-1,9	<i>-1,7</i>	-0,4	<i>-0,2</i>	-1,3	<i>-0,8</i>	0,0	<i>0,4</i>
Arbeitslose (in 1000)	2978	<i>2621</i>	3612	<i>3198</i>	4384	<i>3907</i>	4279	<i>3710</i>

¹⁾ Mit Ausnahme der Arbeitslosen sind in Übersicht 2 die jährlichen Veränderungsrate angegeben. Die kursiven Zahlen entsprechen den Werten des ESVG, die nichtkursiven Zahlen dem alten VGR-Konzept. Quelle: DIW und Statistisches Bundesamt.

den die Ausgaben hierfür als Vorleistungen betrachtet. Einen weiteren großen Posten bildet die Erfassung der zivil nutzbaren Ausrüstungen und Bauten des Militärs.

Diese Komponenten werden nun aus dem Staatsverbrauch herausgerechnet und den Investitionen zugeschlagen. Der Vorgang wäre buchungstechnisch neutral, wenn nicht die Abschreibungen auf diese Anlagen zu einer höheren Wertschöpfung des Staates sowie zu einem höheren Staatsverbrauch führten.

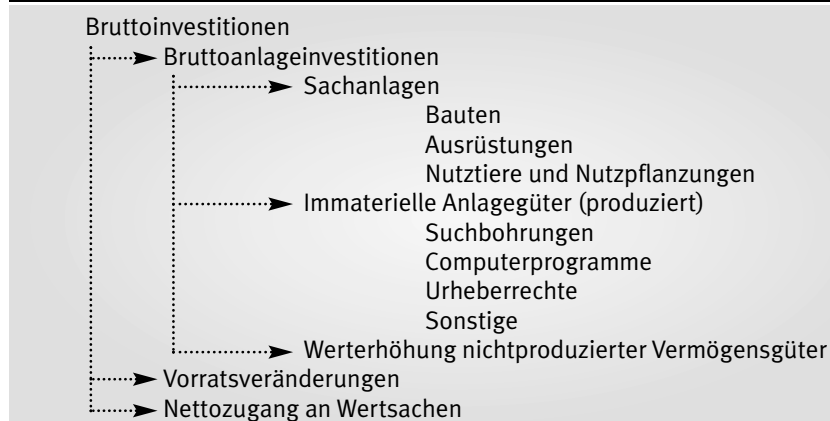
Der zweite große Posten, der maßgeblich zum höheren BIP beiträgt, ist die erweiterte Bemessungsgrundlage für Abschreibungen auf die gesamten Anlagegüter, die jetzt zusätzlich die Abschreibungen öffentlicher Infrastrukturinvestitionen enthalten. Durch diese Neufassung erhöhen sich die Bruttowertschöpfung und die Konsumausgaben des Staates. Bedeutsam ist auch, daß jetzt fiktive Mietzahlungen für selbstgenutzte Garagen und Stellplätze in die Berechnung des BIP eingehen und kleinere Reparaturen von Wohnungseigentümern an ihren Häusern bzw. Wohnungen berücksichtigt werden.

Reduzierend auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts wirken die Gebühren für die Nutzung von Urheberrechten, Patenten und Lizenzen (-12 Mrd. DM) sowie die staatlichen Gebühren, die 1995 mit 9 Mrd. DM zu Buche schlugen. Die Differenz zwischen dem BIP und dem BNE in Höhe von 8 Mrd. DM resultiert im wesentlichen aus den Subventionen und Produktionsabgaben von der/an die

übrige Welt. Hierunter ist der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt subsumiert, aber auch die von der EU empfangenen Subventionen, wohingegen die geleisteten Pro-

1,3 Mio. 1991 und um 2 Mio. 1998). Der wesentliche Grund für diese beträchtlichen Abweichungen liegt in der besseren Erfassung der geringfügig Beschäftigten, die bislang nur unzureichend er-

Übersicht 3: Die neue Abgrenzung der Bruttoinvestitionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 4/1999.

duktions- und Importabgaben abzuziehen sind, da sie dem Haushalt der EU zufließen.

Beträchtliche Änderungen bei Erwerbstätigen und Arbeitslosen

Mit der Umstellung der VGR auf das ESVG wurde auch die Zahl der Erwerbstätigen neu ermittelt, wobei zusätzlich die Ergebnisse verschiedener Großzählungen wie die Mikrozensus sowie die Handwerkszählung und Handels- und Gaststättenzählung in die Neuberechnung einbezogen wurden. Die revidierten Ergebnisse liegen beträchtlich höher als die früher publizierten Zahlen (um

faßt waren. Somit belief sich die Beschäftigung im Jahre 1998 auf 35,9 Millionen gegenüber 33,9 Millionen nach der alten Berechnung. Diese Revision wirkt sich auch auf die Zahl der Arbeitslosen aus, die 1998 nach der Definition der „International Labor Organisation“ mit 3,7 Millionen um reichlich 500.000 Personen niedriger ausfällt als zuvor.

Versäumnisse bei der Revision

Als ein großes Manko ist anzumerken, daß mit der Umstellung die große Chance vertan wurde, mehr Informationen über den Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Dieser äußerst dynamische Bereich liefert wichtige Erkenntnisse über Wachstums- und Beschäftigungspotentiale in modernen Gesellschaften, die nur dann richtig verstanden werden können, wenn ausreichende und zuverlässige Daten veröffentlicht werden.

So sehr es auch wünschenswert ist, Ost- und Westdeutschland als eine Einheit anzusehen, so wenig hilfreich ist es für die wissenschaftliche Politikberatung, daß keine Daten mehr getrennt für Ost- und Westdeutschland verfügbar sind. Noch sind die Unterschiede zwischen beiden Gebietsständen zu groß und der Transformationsprozeß ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, als daß auf eine so wichtige Information verzichtet werden kann. ◀

Dr. Herbert S. Buscher, buscher@zew.de

Übersicht 4: Auswirkungen der Revision auf das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen im Jahre 1995

Erweiterung des Investitionsbegriffs	+ 32 Mrd. DM
Abschreibungen auf Straßen, Brücken etc.	+ 26 Mrd. DM
Selbstgenutzte Garagen, Reparaturen durch Wohnungseigentümer	+ 7 Mrd. DM
Sonstige produkerhöhend wirkende Konzeptänderungen	+ 2 Mrd. DM
Nutzung von Urheberrechten, Lizenzen etc.	- 12 Mrd. DM
Staatliche Gebühren	- 9 Mrd. DM
Subventionen	- 6 Mrd. DM
Erhöhung der Wertgrenze für Anlagegüter	- 1 Mrd. DM
Summe Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt	+ 39 Mrd. DM
Reinvestitierte Gewinne, Buchungszeitpunkt der Zinsen	+ 8 Mrd. DM
Nutzung von Urheberrechten, Lizenzen mit der übrigen Welt	+ 5 Mrd. DM
Subventionen und Produktionsabgaben von der/an die übrige Welt	- 21 Mrd. DM
Summe der Auswirkungen auf das Bruttonationaleinkommen	+ 31 Mrd. DM

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 4/1999.

Ist der Arbeitsmarkt in Portugal wirklich so arteriosklerotisch?

Ökonomen suchen seit langem nach einem Nachweis über die Wirkungen, wie nationale Maßnahmen zum Schutze der Beschäftigung die Erwerbstätigkeit und insbesondere die Arbeitslosigkeit beeinflussen. Um Informationen über die Starrheit nationaler Schutzsysteme für die Beschäftigung zu liefern, wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um synthetische Kennzahlen wie den „Reputationsindex“ zu entwickeln. Dieser Beitrag zeigt, daß eine Rangordnung zwischen Staaten auf der Grundlage derartiger Indizes zu falschen Vorstellungen über ein Land führen kann, da wichtige Aspekte des nationalen Regulierungssystems ignoriert werden.

■ Gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Beschäftigung werden von Analysten hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt untersucht und dienen u. a. zur Einschätzung der ökonomischen Situation eines Landes. Es ist jedoch äußerst schwierig, die Auswirkungen derartiger Maßnahmen zu erfassen und ihre beschäftigungspolitische Größenordnung zu bestimmen, auch deshalb, weil Ausnahmebestimmungen in solchen Maßnahmen enthalten sind. Somit ist es besser, weniger auf die formalen Bestimmungen zu achten, als die tatsächliche Situation auf dem Arbeitsmarkt zu analysieren, um Aufschlüsse über diesen Markt zu gewinnen.

In diesem Sinne ist die hier vorgestellte Studie konzipiert, die die Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt infolge einer veränderten Güternachfrage für Portugal, Spanien, Großbritannien und Deutschland untersucht. Zusätzlich werden die in Portugal bestehenden institutionellen Details kritisch diskutiert, die zum Schutze der Beschäftigung eingeführt wurden. Hintergrund ist, daß Portugal vielfach als ein Land eingestuft wird, dessen Beschäftigungsbedingungen als prototypisch für einen nahezu sklerotischen Arbeitsmarkt angesehen werden.

Schnelle Anpassung an Schocks in Portugal

Die Analyse des Anpassungsprozesses auf dem Arbeitsmarkt in Portugal steht in Einklang mit den Vorstellungen, die Ökonomen a priori von solchen Prozessen haben. Verglichen mit den übrigen Ländern in der Studie reagiert Portugal relativ schnell auf Abweichungen von der langfristigen Entwicklung des Beschäftigungs-Output-Verhältnisses, wenn man zunächst von Spanien abstrahiert. Diese schnelle Anpassung und die gerin-

ge Elastizität der Beschäftigung auf Änderungen des Outputs bewirken, daß der portugiesische Arbeitsmarkt nach einem positiven Schock wieder relativ schnell zum langfristigen gleichgewichtigen Entwicklungspfad zurückkehrt.

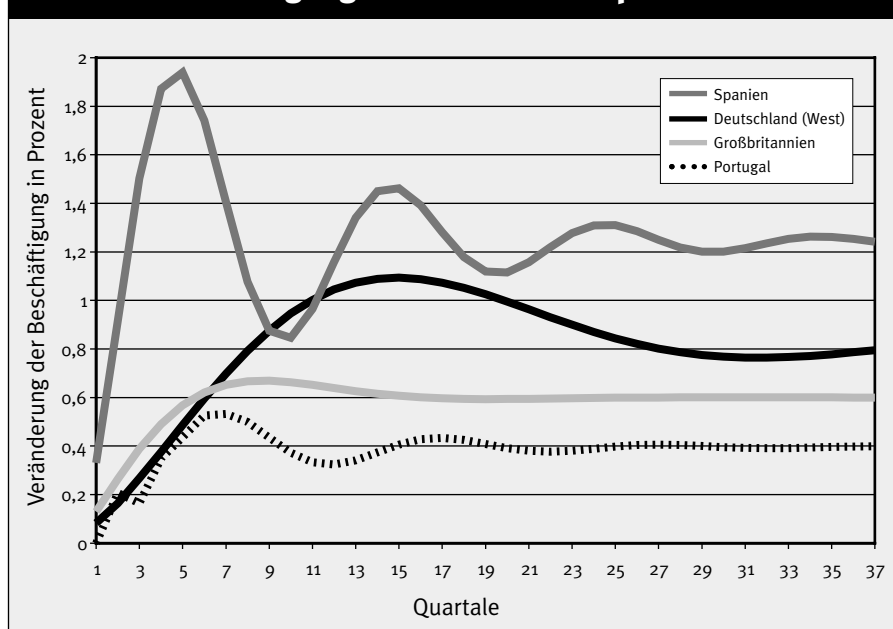
Auf der Grundlage einer Simulation zeigen die Autoren, daß der britische Arbeitsmarkt den glattesten Anpassungsprozeß unter den vier Ländern aufweist, vergleiche auch die untere Graphik. Bereits nach neun Quartalen zeigt sich die größte Beschäftigungsveränderung auf einen exogenen Schock des Output. Demgegenüber zeigt sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt der größte Beschäftigungseffekt auf eine derartige Störung erst nach etwa fünfzehn Quartalen. Spanien scheint eine Ausnahme unter den Ländern zu sein. Nach anfänglichen positiven Beschäftigungseffekten verlangsamt sich die Anpassung und verläuft mit einem Schwingungsverhalten zum (simulierten) langfristigen Gleichgewicht, also

der Situation, in der die Anpassungsvorgänge dann abgeschlossen sind.

Vergleichende Studien vermitteln tiefere Erkenntnisse über Wirkung und Praxis von Schutzmaßnahmen für die Beschäftigung als dies populäre Indikatoren zur Messung des Beschäftigungsschutzes vermögen. Dies läßt Zweifel am Aussagewert derartiger Indikatoren aufkommen, auch wenn die Ergebnisse für Großbritannien bezüglich der Flexibilität des Arbeitsmarktes mit den Werten solcher Indikatoren übereinstimmen. Weitere Analysen sind erforderlich, um den genauen Einfluß von Schutzmaßnahmen auf die Beschäftigung zu bestimmen. Hierzu bedarf es einer angemessenen Umsetzung der nationalen Schutzmaßnahmen in ein quantitatives Modell. ◀

Die Arbeit ist als ZEW-Discussion Paper No. 99-30 erschienen unter dem Titel: John T. Addison and Paulino Teixeira, Is Portugal Really so Arteriosclerotic? Results from a Cross-country Analysis of Labor Adjustment.

Beschäftigungseffekte eines Output-Schocks



Konjunkturelle Abhängigkeit von Dienstleistung und Industrie

Läuft die Konjunktur im Produzierenden Gewerbe der des unternehmensnahen Dienstleistungssektors voraus? Eine Reihe von Ökonomen wies nach, daß die Konjunkturschwankungen im Dienstleistungssektor weniger ausgeprägt sind als im Produzierenden Gewerbe. Allerdings ist bisher wenig bekannt über den zeitlichen Zusammenhang der Konjunkturzyklen in diesen beiden Sektoren. Eine neue Studie des ZEW hat diesen Zusammenhang nun untersucht. Dabei wird gezeigt, daß das Dienstleistungsgewerbe der Industrie keineswegs mit einer Verzögerung folgt. Vielmehr ist die Beziehung zwischen den beiden Sektoren zeitgleich.

■ Die unternehmensnahen Dienstleistungen haben in den vergangenen Jahren stark von den zunehmenden Outsourcing-Aktivitäten des Produzierenden Gewerbes profitiert. Aus diesem Grund scheint es auf den ersten Blick plausibel, daß die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleister von der Konjunktur im Produzierenden Gewerbe abhängt. Bestände zwischen unternehmensnahen Dienstleistern und dem Produzierenden Gewerbe ein stabiler Zusammenhang, könnten Rückschlüsse von der Entwicklung des Produzierenden Gewerbes auf die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleister gezogen werden.

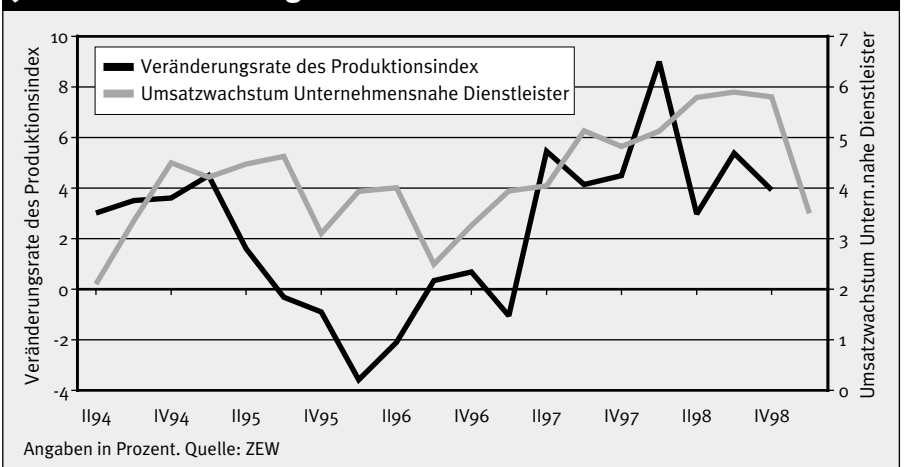
Über die unternehmensnahen Dienstleistungen sind bislang kaum systematische und zeitnahe Daten verfügbar, was die Konjunkturanalyse in diesem Sektor erheblich erschwert. Die Untersuchung des ZEW verwendet daher Daten aus der vierteljährlich durchgeführten ZEW/CREDITREFORM-Konjunkturumfrage bei rund 1.100 unternehmensnahen Dienstleistern sowie verschiedene Indikatoren für den Konjunkturverlauf des Produzierenden Gewerbes. Zum Wirtschaftszweig unternehmensnahe Dienstleistungen zählen Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater, Architekten, technische Planer, Kfz-Vermieter, Maschinenvermieter, Speditions- und Logistikunternehmen, EDV-Dienstleister, Werbeagenturen sowie Unternehmen der Abfallwirtschaft.

In der Grafik wird deutlich, daß sich die unternehmensnahen Dienstleister und die Veränderungsrate des Produktionsindex zwischen dem zweiten Quartal 1994 und dem ersten Quartal 1995 zeitgleich entwickeln. Im vierten Quartal 1995 weist die konjunkturelle Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleister einen Wendepunkt auf; der Wende-

punkt im Produktionsindex hingegen folgt erst ein Quartal später. Dies legt nahe, daß für diesen Zeitraum die Konjunktur der unternehmensnahen Dienst-

Hauptgrund für den zeitgleichen Ablauf der Entwicklungen in den beiden Sektoren ist, daß unternehmensnahe Dienstleister, deren wesentlicher Produktions-

Jährliche Veränderungsraten Verarbeitendes Gewerbe und Industrie



leister der des Produzierenden Gewerbes vorausläuft. Zwischen dem zweiten Quartal 1996 und dem ersten Quartal 1997 besteht kein lead- oder lag-Verhältnis der beiden Sektoren. Anschließend an das zweite Quartal 1997 läuft dann die Konjunktur des Produzierenden Gewerbes der der unternehmensnahen Dienstleister um ein Quartal voraus. Allerdings ist es anhand der Grafik schwierig zu beurteilen, ob ein stabiler lead- oder lag-Zusammenhang besteht.

Gleichzeitiger Konjunkturverlauf

Aus diesem Grund bedient man sich sogenannter Granger-Kausalitätstests. So wird nachgewiesen, daß die unternehmensnahen Dienstleister der Konjunktur im Produzierenden Gewerbe durchaus nicht nachlaufen. Der Zusammenhang des Konjunkturverlaufes beider Sektoren ist vielmehr zeitgleich, und die beiden Sektoren beeinflussen sich in ihrer Entwicklung gegenseitig. Der

faktor Arbeit flexibel an veränderte Bedingungen angepaßt werden kann, schneller auf Nachfrageänderungen reagieren können als Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, deren Hauptfaktor Kapital schwerfällig ist.

Detailliertere Forschungsarbeiten zu diesem Thema sind wünschenswert, allerdings fehlt noch immer eine verlässliche Datengrundlage. Die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung war zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Das Statistische Bundesamt hat in dieser Revision das internationale NACE Rev. 1 Klassifikationsschema übernommen, nach dem der Dienstleistungssektor detaillierter als zuvor in seine einzelnen Branchen untergliedert wird. Allerdings werden die unternehmensnahen Dienstleistungen weiterhin mit Banken und Versicherungen zusammengefaßt, so daß eine tiefergehende Analyse noch immer nicht möglich ist. ◀

Ulrich Kaiser, kaiser@zew.de,
Katrin Voß, voss@zew.de

Wirtschaftsentwicklung in Europa

Großbritannien: Rückkehr der Inflation?

Eine Rezession konnte die britische Wirtschaft vermeiden. Ziel ist nun ein nachhaltiger Wachstumspfad mit weitgehender Preisniveaustabilität. Um dies zu erreichen, muß die Geldpolitik vermutlich bald wieder auf eine restriktivere Linie umschwenken.

■ Die britische Wirtschaft stagnierte im Winterhalbjahr 1998/99. Im Gegensatz zum Dienstleistungssektor mußte das Verarbeitende Gewerbe allerdings einen Einbruch in der Produktion hinnehmen, von dem es sich erst in der jüngsten Zeit zu erholen scheint. Es leidet besonders unter dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, der durch die Aufwertung des Pfund Sterling bedingt ist. Die Industrie scheint sich inzwischen auf die erschwerten Bedingungen eingestellt zu haben. So wurden Kostendämpfungsmaßnahmen getroffen, neue Lagerverwaltungstechniken eingeführt und die Lieferfristen verkürzt, um die Kundenzufriedenheit zu erhöhen. Anzeichen für eine künftige Besserung der Lage sind die zuletzt deutlich optimistischeren Erwartungen der Industriemanager zur Produktion und zu den Auslandsaufträgen. Dies dürfte sich allerdings erst im nächsten Jahr in einem leichten Zuwachs der Industrieinvestitionen, die derzeit noch nach unten gerichtet sind, niederschlagen.

Impulse für die konjunkturelle Erholung kommen vor allem vom privaten Verbrauch, der seit einem Tief im dritten Quartal 1998 an Dynamik gewinnt.

Besonders die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern nimmt rasch zu. Sie profitiert vom diesjährigen Anstieg der Reallöhne um voraussichtlich 3 Prozent wie auch von den günstigeren Zinsen und damit den billigeren Verbraucherkrediten. Die Bank of England beobachtet in ihrem jüngsten Inflationsbericht, daß viele Haushalte ihre Hypothekendarlehen aufstocken. Sie vermutet,

daß diese teilweise auch in zusätzlichen Konsum fließen. Generell schlägt sich die Tatsache, daß eine Rezession vermieden werden konnte, in einem steigenden Verbrauchervertrauen nieder.

Über den Vermögenseffekt hat auch der jüngste Aufwärtstrend der Immobilienpreise einen Einfluß auf die Konsumneigung. Im kommenden Jahr steht erneut die Umwandlung von einigen genossenschaftlichen Versicherungs- und Finanzinstituten in Aktiengesellschaften an. Die hierdurch anfallenden Auszahlungen an Mitglieder werden für viele Haushalte einen Extra-Anstoß zum Konsumieren darstellen.

Die Sparquote dürfte weiter zurückgehen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Arbeitsmarkt. Angst vor Arbeitslosigkeit ist jedenfalls kein Grund, um größere Rücklagen zu bilden. Die Arbeitslosenquote dürfte im laufenden und im nächsten Jahr bei etwa 4,5 Prozent verharren – der niedrigsten Quote seit 20 Jahren. Ein Risiko für die Vorhersage eines robusten Konsumwachstums liegt in der Möglichkeit eines Einbruchs der Aktienkurse, die mit einem etwa 50-prozentigen Anstieg über die letzten zwei Jahre ebenfalls konsumfördernd gewirkt hatten.

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex ohne Hypothekenzinsen – an dem sich das offizielle Inflationsziel orientiert – unterschreitet seit April die Zielmarke von 2,5 Prozent. Die konjunkturelle Belebung, die sich derzeit abzeichnet, könnte aber dazu führen, daß die Preisentwicklung bald wieder aus dem Ruder läuft. Bereits jetzt steigen die Preise im Dienstleistungsbereich, der kaum dem

internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist, um etwa 4 Prozent. Die Reaktionszeit für geldpolitische Maßnahmen ist mit etwa zwei Jahren relativ lang. Daher gab die Bank of England Anfang September

Großbritanniens Wirtschaft im Überblick

	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt, real*	1,2	2,7
Leistungsbilanz in Mrd. £	-6,5	-13,7
Öff. Saldo in % des BIP ¹⁾	-0,3	-0,1
Verbraucherpreise ²⁾ *	1,8	3,1

1) Haushaltsjahr 1. April bis 31. März; 2) ohne Hypothekenzinsen IV. Quartal 1999. *Veränderung zum Vorjahr in Prozent. Quelle: National Institute of Economic and Social Research.

mit einer Anhebung ihres Leitzinses um einen Viertel Prozentpunkt ein erstes Warnsignal. Da Großbritannien z. Zt. vorbildliche Inflationswerte vorzuweist, ist dieser Schritt der Öffentlichkeit nur schwer zu vermitteln. Eine Reihe von Gründen sprechen jedoch für eine strengere Geldpolitik.

So dürften sich der starke Rückgang der Weltrohstoffpreise und die Aufwertung des Pfund Sterling nicht mehr fortsetzen. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig, daß die auflebende Arbeitsnachfrage im nächsten Jahr zu höheren Lohnabschlüssen führen wird. Mit der anziehenden Inlandsnachfrage wird es den Unternehmen zunehmend leichter fallen, Kostensteigerungen an ihre Abnehmer weiterzureichen. Sollte das Pfund Sterling jedoch weiterhin stark bleiben, wären die Inflationsgefahren geringer als in diesem Szenario. ◀

Barbara Knoth, knoth@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Konjunkturreport – erscheint viermal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 • 68161 Mannheim • Postfach 10 34 43 • 68034 Mannheim • Tel. 0621/1235-01, Fax -224 • Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-225, E-Mail: buscher@zew.de,
Daniel Radowski, Telefon 0621/1235-296, Telefax 0621/1235-225, E-Mail: radowski@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher